

Zukunft Schweiz

Eine Weisskizze

Reiner Eichenberger und Fabian Kuhn
Universität Freiburg

Die Schweiz steht vor immensen Herausforderungen. Die Gegenwart und absehbare Zukunft sind weltweit geprägt von mehreren grundlegenden Entwicklungen: künstliche Intelligenz, geopolitische Instabilität, Schwächung des Multilateralismus, Rückfall ins Recht des Stärkeren und kriegerische Durchsetzung nationaler Ziele, neuer Protektionismus, relative Stagnation Europas, erhöhte Mobilität insbesondere von vermögenden Personen und die demographische Entwicklung. Gemeinsam bedrohen sie den hohen Wohlstand und die Lebensqualität in der Schweiz. Gleichwohl verhalten sich viele Politiker wie Schlafwandler. Sie wandeln so, wie sie es schon immer getan haben – und drohen bildlich gesprochen vom Balkon zu fallen und dabei die Schweiz mitzureissen. Dieser Weckruf in Form einer Weisskizze soll zu ihrer Rettung beitragen.

Der Weckruf ist vierteilig: Der erste Teil umschreibt die allgemeinen Herausforderungen. Der zweite betont, dass die Herausforderungen für die Schweiz besonders gross sind, und diskutiert die Ursachen des bisherigen „Erfolgsmodells Schweiz“, ihre besonderen politischen Institutionen. Der dritte Teil diskutiert, weshalb dieses Erfolgsmodell gefährdet ist. Der vierte bietet eine Auslegeordnung der für die Bewältigung der Herausforderungen geeigneten Politikmassnahmen sowie der für deren Umsetzung notwendigen institutionellen Vorkehrungen.

1. Die Welt im Umbruch

Politik und Wirtschaft entwickeln sich seit jeher dynamisch und oft unvorhersehbar, und schon immer hatten die Menschen das Gefühl, in besonders dynamischen und unvorhersehbaren Zeiten zu leben. Doch diesmal dürfte der Eindruck wirklich zutreffen. In verschiedenen Bereichen gibt es radikale Veränderungen gegenüber der in den letzten Jahrzehnten herrschenden Situation:

- Die exponentielle Entwicklung künstlicher Intelligenz verändert die Produktivität in den verschiedenen Branchen und Tätigkeitsfeldern in völlig unterschiedlicher und kaum prognostizierbarer Weise.
- Die wirtschaftliche Entwicklung Chinas und vieler anderer insbesondere asiatischer Länder lässt den Übergang von einer unipolaren zu einer multipolaren Weltordnung wahrscheinlicher erscheinen, wobei nur eines klar ist: Wie diese neue Welt aussehen wird und ob es nicht gar eine Stärkung des alten Poles USA gibt, ist völlig unklar.
- Die internationalen Beziehungen scheinen zunehmend durch bilaterale und weniger durch multilaterale Abstimmung und Verträge geprägt zu werden. Das führt, wenigstens auf den ersten Blick, zu einer Abkehr vom Recht des Stärkeren hin zum Recht des Schwächeren, was für kleinere Länder bedrohlich wirkt.
- Damit einher gehen Kriege zwischen Ländern und eine starke internationale Aufrüstung.
- Die Rolle der internationalen Organisationen ist zunehmend volatil. Zeiten grossen Einflusses und Machtverlust folgen sich schnell. Vermeintliche Erfolge wechseln sich mit Budgetnöten infolge gekürzter Zahlungen von Schlüsselmitgliedern ab. Ähnlich schienen die internationalen Klimaabkommen viele Jahre grössten Einfluss auf die nationale Politik zu haben, nun verlieren sie für immer mehr Länder ihre Bedeutung.
- Die früheren Promotoren des Freihandels bekennen sich immer deutlicher zu offenem und verdecktem Protektionismus, seien es die USA mit ihren Zöllen, die EU mit ihrer Industriestrategie und dem Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM), oder China und andere mit massiven Exportsubventionen.
- Europas Wirtschaft wuchs in den letzten Jahren deutlich langsamer als diejenige der USA und Asiens, und wird nach allen Prognosen noch weiter zurückfallen.
- Aufgrund der globalen Verschiebungen verändern sich die Handelsströme sowohl hinsichtlich Branchen- als auch Ländermix immer schneller.
- Die Mobilität der guten Steuerzahler – vermögende Individuen und „Gewinnzentren“ der Unternehmungen – werden deutlich mobiler, weil immer mehr Wertschöpfung auf

digitalen Prozessen beruht und immer mehr Länder attraktive Aufenthaltsorte für reiche Personen und Gewinnzentren bieten.

- Die Versorgung mit Energie und anderen kritischen Ressourcen wird zu einem entscheidenden Standortfaktor. Preisvolatilität, geopolitische Abhängigkeiten und der Umbau der Energiesysteme verändern Wettbewerbsfähigkeit, Investitionen und politische Handlungsspielräume.
- In fast allen Ländern nimmt der Anteil der Älteren an der Bevölkerung rasch zu, was das Zahlenverhältnis von konsumierenden zu produzierenden Einwohnern schnell wachsen lässt, solange die Lebensarbeitszeit nicht mitsteigt. Dadurch muss die Belastung der arbeitenden Bevölkerung mit Steuern und Abgaben zunehmen. Hinzu kommt, dass immer mehr Länder von Bevölkerungsschrumpfung erfasst werden, was die Belastung der Arbeitenden weiter akzentuiert. Es ist deshalb zu erwarten, dass zunehmend junge Arbeitskräfte ihre schrumpfenden Länder verlassen, was deren Schrumpfung weiter befeuert. Als Ergebnis droht eine internationale „Demographiemigration“, deren Ausmass jenes der von manchen befürchtete Klimamigration bei weitem über treffen dürfte. Der Unterschied besteht darin, dass allfällige Klimaschäden zumeist lokal und regional wirken, also eher Binnenmigration hervorrufen. „Demographieschäden“ wirken hingegen national, weshalb sie internationale Migration hervorrufen. Die Entleerung in den einen Ländern wird zu Überfüllung in den Ländern führen, die die Jungen weniger stark belasten und Zuwanderung frei zulassen.

2. Die Schweiz und ihr Erfolgsmodell sind besonders gefordert

Diese Veränderungen stellen die Schweiz vor enorme Herausforderungen. Denn die Einwohner der Schweiz geniessen heute den höchsten Wohlstand in Europa. So ist das Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf zu laufenden Wechselkursen umgerechnet rund 90 Prozent höher als in Deutschland, und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Preisniveaus immerhin noch etwa 35 Prozent höher.

Damit hat die Schweiz ein besonderes Problem: Um ihren Vorsprung zu halten, muss sie besser als andere mit den genannten Herausforderungen umgehen.

Die bessere Politik fällt aber nicht vom Himmel. Der bisherige Erfolg der Schweiz hat nichts mit genetischen oder technologischen Unterschieden (Technologie ist international handelbar) zu tun. Vielmehr entspringen sie den Unterschieden in der Qualität der Politik und damit den unterschiedlichen Anreizen der politischen Handlungsträger (Politiker, Verwaltung und Bürger), die aus unterschiedlichen politischen Institutionen resultieren. Entscheidend ist dabei die

Intensität des politischen Wettbewerbs. Wettbewerb ist in der Politik genauso wie in der Wirtschaft der entscheidende Mechanismus zur Verhinderung von Machtmissbrauch und zur Beschleunigung von Innovationen.

Die Schweiz war diesbezüglich einst führend dank den typisch schweizerischen Institutionen: dem Föderalismus mit intensivem Wettbewerb zwischen Kantonen und Gemeinden, der direkten Demokratie als Speerspitze gegen Parteienkartelle sowie der Direktwahl der Regierungsmitglieder in Kantonen und Gemeinden durch das Volk, zumeist in Mehrheitswahlen. Letzteres gibt den starken Politikern in allen Parteien Anreize, sach- und lösungsorientiert sowie moderat zu politisieren. Die wichtigsten aus diesem institutionellen Fundament erwachsende Erfolgsfaktoren waren wohl die im internationalen Vergleich sehr flexiblen Arbeits- und Wohnräume. Gerade die politische und wirtschaftliche Flexibilität ist für die Zukunft von grösster Bedeutung. Denn niemand kann treffgenau vorhersagen, wohin uns die aufgelisteten technischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen führen. Klar ist hingegen, dass sie eine enorme und oft unvorhersehbare Dynamik bringen werden – also höchste Flexibilität und Anpassungsfähigkeit Trumpf sein wird.

3. Das Erfolgsmodell ist gefährdet

Die Schweizer Erfolgsrezepte sind heute vielfach bedroht:

1. Wer zur Sicherung eines höheren Wohlstands bessere Politik als die anderen betreiben muss, muss auch vieles anders machen als die anderen. Die fortschreitende Annäherung der Schweizer Politik an jene der EU gefährdet deshalb den Wohlstand in der Schweiz. Allerdings reicht es nicht, auf Anpassungen zu verzichten. Die verbleibenden und neu geschaffenen Spielräume müssen auch effektiv genutzt werden.
2. Eine gute eigenständige Politik fällt der Schweiz zunehmend schwer, weil der frühere Innovationsmotor, der kleinräumige Föderalismus, durch die andauernde Zentralisierung von Entscheidungskompetenzen sowie durch den Finanzausgleich zwischen und innerhalb der Kantone gelähmt wird. Viele Kantone und Gemeinden haben kaum noch Anreize, ihre Finanzkraft zu entwickeln, weil zusätzliche Steuereinnahmen durch die Minderung der Ausgleichszahlungen weitgehend kompensiert werden. Das gilt insbesondere für die Nehmer im Finanzausgleich. Zudem fehlen allen zunehmend die Möglichkeiten, eine effizienzorientierte Steuerpolitik zu betreiben, weil die Regeln des Ausgleichs und das Steuerharmonisierungsgesetz ihnen die dafür notwendige Variation bei Abzügen und Steuererleichterungen verbieten.

3. Auch die direkte Demokratie ist gefährdet. So schränken internationale Abkommen den Spielraum zunehmend ein, wie sich etwa bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative gezeigt hat. Aber auch die eigenen Politiker versuchen die direkte Demokratie zu umgehen. Beispiele sind nicht nur die Versuche der Aushebelung des doppelten Mehrs etwa beim anstehenden Entscheid zum Rahmenvertrag Schweiz-EU, bei manchen indirekten Gegenvorschlägen wie etwa bei der Individualbesteuerung (die Initiative der FDP-Frauen wäre allem Ermessen nach am doppelten Mehr gescheitert), oder bei der Diskussion der Finanzierung der 13. AHV über die Mehrwertsteuer (mit doppeltem Mehr) oder über Lohnprozente (mit einfachem Mehr). Auch historische Entscheidungen von grosser Tragweite illustrieren das Problem. So versuchten Bundesrat und Parlament in der Zwischenkriegszeit, ihre Macht gegenüber dem Volk mit Vollmachtsgesetzgebung massiv auszudehnen und taten fast alles, um die Kraft der Referenden auszuhebeln und ihre Macht auch nach dem Krieg zu bewahren. Die Rückkehr zu normalen Verhältnissen gelang nur dank der dritten Volksinitiative zu dem Thema. Bundesrat und Parlament sowie alle grösseren Parteien lehnten die Initiative ab. Nur Kleinparteien, davon die grösste der Landesring der Unabhängigen mit gut 5 Prozent der Wähler, unterstützten die Initiative. Trotzdem wurde sie von Volk und Ständen (knapp) angenommen.
4. Zugleich können Schweizer Erfolgseinstitutionen auch zu Hemmnissen werden. So erfüllt die Schuldenbremse in normalen Zeiten eine wichtige Rolle für die finanzielle Stabilität des Landes. Angesichts der dynamischen Veränderung der Problemsituation und damit der Ausgabenbedürfnisse erhält sie wegen der völligen Unfähigkeit und Unwilligkeit des Parlamentes, die Ausgaben für weniger wichtige Aufgaben zu senken, um die Ausgaben für die wichtiger gewordenen Bereiche erhöhen zu können, auf den ersten Blick eine problematische Seite. Auf den zweiten Blick wird aber natürlich klar, dass es die Schuldenbremse unbedingt braucht, um das Parlament im Zaum zu halten. Denn wenn es nicht einmal fähig ist in der heutigen Situation Prioritäten zu setzen, wann denn?
5. Die gegenwärtige Schwäche der internationalen Organisationen erleichtert es der Schweiz nicht, eine gute eigenständige Politik zu betreiben. Vielmehr erschwert sie es sogar. Die Schwäche der internationalen Organisationen bewirkt, dass die internationalen Verträge weniger eingehalten werden. Damit nimmt die Bereitschaft vieler Länder zu, internationale Abkommen zu unterschreiben. Das birgt für diejenigen Länder, die sich stärker an die Abkommen halten – also die Schweiz – grösste Risiken. Ein Beispiel sind die Klimaziele von Paris. Je weniger sich andere Länder an die

Vereinbarung halten, desto teurer wird eine starke Emissionsreduktion, weil sich die dafür notwendigen Technologien langsamer entwickeln, und desto wirkungsloser werden Emissionsreduktionsanstrengungen, weil CO₂-intensive Produktionsprozesse leichter aus der Schweiz ausgelagert werden können und die in der Schweiz nicht mehr konsumierten fossilen Energieträger anderenorts verwendet werden. Ein anderer Fall ist das OECD-Abkommen zur Mindestbesteuerung grosser Unternehmen. Offensichtlich haben einige Regierungen das Abkommen unterschrieben im Wissen, dass sie sich nicht daranhalten werden.

6. Der hohe Wohlstand zieht „Abschöpfer“ an. Je reicher ein Land ist, desto mehr lohnt es sich für die Produzenten und Importeure, das Land so abzuschotten, dass sie ihre Preise in der Schweiz besonders hoch ansetzen können und so die hohe Kaufkraft abschöpfen können. Zugleich wird es schwieriger, die Leistungen insbesondere des Staates und öffentlicher Unternehmungen zu beurteilen. So behaupten die ÖV-Anbieter, die Schweiz hätte einen besonders guten ÖV. Tatsächlich ist die Evidenz dafür nicht so klar. Klar ist hingegen, dass die Schweiz unter Einberechnung der Subventionen einen der teuersten ÖV der Welt hat. Dasselbe gilt für den Staat im Allgemeinen. Die Regierung behauptet, der Staat sei schlank. Das stimmt aber nur gemessen an der Staatsquote, die seine Grösse in Beziehung zum Bruttoinlandprodukt (BIP) stellt. Sobald man die Staatsausgaben in Franken pro Kopf misst, hat die Schweiz einen sehr teuren Staat. Die Frage, ob die angeblich guten Leistungen effizient erbracht werden, ist deshalb sehr schwierig zu beantworten.
7. Hoher Wohlstand und Lebensqualität, sprich hohe Standortqualität, bringen einen hohen Zuwanderungsdruck. Wenn Zuwanderung, so wie heute, aus einem grossen Raum mit 450 Millionen Einwohnern in die „kleine“ Schweiz mit noch unter 10 Millionen gratis ist, kommt es zu einem hohen Bevölkerungswachstum. Dieses bringt Füllungskosten: Land, Infrastruktur, Ausbildungs- und Gesundheitsleistungen, Umweltgüter sowie Selbstversorgungs- und Versorgungsmöglichkeiten werden knapper und teurer, was die Vorteile guter Politik kompensiert. Deshalb lohnt es sich für die Normalbürger nicht mehr, sich für gute Politik einzusetzen. Vielmehr ist es für sie nur vernünftig, für schreckliche Regulierungen des Arbeits- und Wohnraummarktes einzutreten, um ihre Interessen zu schützen. Auch sparsamer Umgang mit den finanziellen Mitteln lohnt sich nicht mehr: Je tiefer die Verschuldung ist, desto attraktiver ist die Schweiz für Zuwanderer. Die vernünftige Strategie ist deshalb, das Tafelsilber möglichst selbst an sich zu nehmen. Entsprechend wächst der Druck auf die Schuldenbremse, unter anderem aufgrund der Forderung nach einem enormen und langfristig untragbaren Ausbau der

Sozialsysteme, insbesondere der Renten. Denn von den höheren Renten profitieren die Alten und ihre Familien. Unter ihnen ist der Schweizeranteil hoch. Die Neuzuwanderer müssen mitfinanzieren, obwohl sie nichts von den höheren Leistungen haben. Die heutige Politik bringt ihnen nicht mal höhere Renten in Zukunft, denn bis sie im Rentenalter sind, ist das System längst Konkurs – wenn wir den heutigen politischen Kurs fortsetzen.

Wenn die Schweiz so wie bisher ein Land mit einem besonders hohen Wohlstand bleiben soll, muss sie diese Herausforderungen bewältigen.

4. Bessere Politik

4.1. Fruchtbare politische Massnahmen

Es gibt unzählige Bereiche, in denen die Politik stark verbessert werden könnte:

- a. Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik: Hier sollten die bisherigen Mengenziele durch echte Kostenwahrheit ersetzt werden. Mit angemessenen Preisen zur „Internalisierung der Externalitäten“, also einem allgemeinen, ausnahmslosen CO₂-Preis sowie kostendeckende Abgaben im Privatverkehr und ÖV für Umweltbelastung, Betrieb und Infrastrukturnutzung. Weil so die Anreize der Konsumenten und Produzenten zur Abwägung ihrer privaten Nutzen und der Kosten für die Allgemeinheit richtig gesetzt sind, sollte auf Subventionen alternativer Energieträger und Verkehrsmittel verzichtet und die Regulierungen stark abgebaut werden, und die dadurch beim Staat anfallenden Mittel sollten an die Bürger durch Senkung von Steuern zurückgegeben werden.
- b. Gesundheitspolitik: Die Krankenkassen und Bürger müssen wirksame Anreize zu sparsamem Umgang mit den knappen Ressourcen gegeben werden. Dafür gibt es verschiedene Massnahmen, z.B. diese: Der Risikoausgleich zwischen den Kassen muss umgestellt werden. Es sollen nicht einfach diejenigen Kassen Geld erhalten, die besonders viele „schlechte Risiken“ versichert haben und besonders viele Versicherte mit besonders hohen Kosten haben, sondern die Kassen sollten Anreize erhalten, möglichst die Heilung und Gesunderhaltung ihrer Versicherten anzustreben. Dazu braucht es ein Transferpreissystem: Diejenigen Kassen, die anderen Kassen Versicherte mit besonders tiefen Kosten abgeben, sollten eine Belohnung erhalten. Umgekehrt sollten diejenigen, von denen Versicherte mit besonders hohen Kosten zu anderen Kassen wechseln, diesen Kassen eine Abgeltung zahlen.
- c. Altersvorsorge: Die Alterung ist kein Problem, sondern unser Glück. Die Menschen werden älter, weil sie immer gesünder sind. Das Problem ist deshalb nur das fixe

Rentenalter. Wegen der Alterung gibt es immer mehr Menschen, die ausschliesslich konsumieren, und immer weniger, die arbeiten. Also muss die Lebensarbeitszeit erhöht werden. Dafür braucht es aber keine Erhöhung des Rentenalters und damit „Zwangsarbeit“ von Alten. Die Alten sollen freiwillig arbeiten. Dafür muss das grösste Hindernis für Arbeit im Alter gesenkt werden: die enorme Steuerlast. Wir vertreten deshalb eine Halbbesteuerung von Arbeitseinkommen von über 67-Jährigen.

- d. Für die Lösung vieler Probleme muss die Kapitalbildung angeregt werden. Dafür muss die Besteuerung von Kapitalerträgen gesenkt werden. Denn Kapital ist heute völlig überbesteuert. Das Problem ist, dass nicht die realen, sondern die nominellen Kapitalerträge besteuert werden. Seit 1950 brachten Bundesobligationen rund 3 Prozent Zins, jährlich. Allerdings war die Inflation und damit der Verlust der Kaufkraft des angelegten Kapitals bei etwa 2 Prozent. Dem Anleger blieben so real nur rund 1 Prozent. Dummerweise wurde er aber auf seiner nominellen Rendite von 3 Prozent besteuert. Die Verluste durch Inflation konnte er nicht absetzen. Jeder versteht, dass es absurd wäre, wenn Arbeiter auf dem dreifachen ihres realen Lohnes besteuert würden. Deshalb hat die Schweiz auch als eines der ersten Länder die sogenannte kalte Progression – das Hineinwachsen in höhere Einkommens- und so Steuerklassen infolge von Inflation – durch eine automatische Anpassung des Steuertarifs beseitigt. Diese Vorkehrungen nützen aber bei Kapitaleinkommen praktisch nicht. Die Lösung ist einfach: Die Steuerpflichtigen müssten von ihrer nominellen Rendite die Inflationsverluste (Inflation mal Wert der nicht inflationsgeschützten Anlagen) abziehen können.
- e. Für die Reaktion auf wachsende militärische Bedrohungen braucht es nicht einfach mehr Geld für die Armee. Sie muss dieses Geld auch wirksam einsetzen können. Es müssen der schwer vorauszusehenden Bedrohungslage angepasste, wirksame Kampfmittel beschafft werden und das für seinen Einsatz notwendige Personal verfügbar sein. Die heutige Armee ist für einen schnellen Ausbau und variable Belastung nicht geeignet. Ihr Wehrmodell der Zwangsmiliz bewirkt, dass die Soldaten schon ab dem Alter von 26 Jahren ihre Dienstpflicht absolviert haben. Entsprechend ist die Truppe sehr jung, wenig erfahren, und psychisch wenig robust. Zugleich eignet sich das Modell nicht für einen schnellen Ausbau, weil die Ausbildungszeit im Vergleich zur gesamten Dienstzeit sehr lange ist. Wir empfehlen deshalb, dass die Schweizer Armee nicht versucht, die Aushebungsquote zu erhöhen oder die Abwanderung in den Zivildienst zu verhindern. Viel effektiver ist es, den besten der Soldaten, die ihre Pflicht absolviert haben, ein attraktives Bleibeangebot zu unterbreiten und so eine freiwillige Miliz aufzubauen. Sie wäre weit stärker und billiger als die heutige Armee, weil

zusätzliche Ausbildungskosten entfielen und die Soldaten weit motivierter wären. Zudem könnten sie ohne Verlust an Kampfkraft zu verkürzten Wiederholungskursen sowie an einigen Wochenenden aufgeboten werden, wodurch die Kosten weiter sinken würden (mittlerweile vertritt auch der Bundesrat die Umsetzung dieses Vorschlags).

4.2. Notwendige Stärkung der politischen Institutionen

Weshalb setzen Parlament und Bundesrat diese Massnahmen nicht um? Sie haben kein Interesse daran. Denn viele Massnahmen würden ihren Einfluss senken. Kaum ein Politiker will weniger Regulierungen und Subventionen und Umweltsteuereinnahmen, die er gleich an die Bürger zurückgeben muss. Kantone könnten diese Reformen umsetzen, um ihre relative Standortattraktivität zu stärken. Weshalb führen sie sie dennoch nicht ein? Manche übersteigen ihre Kompetenzen, weil in den letzten Jahrzehnten immer mehr Kompetenzen auf zentrale Ebene verschoben wurden. Für andere haben die Kantone schlicht keine Anreize mehr. Der Finanzausgleich nimmt den Kantonen die Lust und Möglichkeiten auf effizienzsteigernde Massnahmen. Vielen Nehmerkantonen, die ihre wirtschaftliche Situation und so ihre Steuereinnahmepotenzial verbessern, werden die Finanzausgleichszahlungen in gleicher Masse gekürzt. Und wer beispielsweise die Halbbesteuerung von Arbeitseinkommen über 67 einführt, hat zwei Probleme: Erstens werden ihm die Einkommen im Finanzausgleich voll angerechnet und so seine Ausgleichszahlungspflicht erhöht. Wenn er aber die zusätzlichen Einkommen nur halb besteuert, verliert er Geld – gerade wenn die Massnahme funktioniert. Zweitens sind solche speziellen Steuerstrukturen aufgrund des Steuerharmonisierungsgesetzes nicht zulässig.

Entsprechend müssen die Schweizer Institutionen reformiert werden:

- a. Kantonen, die ihre wirtschaftliche Situation verbessern, sollten die Früchte ihrer guten Politik nicht gleich entrissen werden. Idealerweise sollten ihre Ausgleichszahlungen bei einer Verbesserung ihrer Finanzkraft nicht mehr so schnell wie heute angepasst werden, ihnen für vier bis acht Jahre ein zusätzlicher Leistungsbonus gewährt und ihre Leistung öffentlich gewürdigt werden. Zugleich sollte der Finanzausgleich nicht auf den gesamten Einkommen in einem Kanton beruhen, sondern auf den „Kerneinkommen“ der 25- bis 65-Jährigen. Dadurch erhielten die Kantone Anreize, gute Politik zu betreiben sowie die Alten und Jungen wirkungsvoller in den Arbeitsmarkt zu integrieren.
- b. Den Politikern müssen Anreize gegeben werden, die Kosten für die Umwelt- und Verkehrsabgaben möglichst unverzerrt zu erfassen. Solange die Einnahmen in die normalen Budgets fliessen, haben Regierung und Parlament einen Anreiz, die

Umweltschäden zu hoch zu veranschlagen. Deshalb braucht es eine einfache Regel: Die Einnahmen müssen vollumfänglich an die Bürger zurückgegeben werden. Dadurch entfallen die Mehreinnahmen durch überhöhte Steuern, was den Anreiz beseitigt, Umwelt- und Verkehrsabgaben zur versteckten Finanzierung staatlicher Ausgaben und Umverteilung zu missbrauchen.

- c. Parlament und Regierung haben heute nur schwache Anreize, Probleme zu lösen. Zu attraktiv ist für sie deren Bewirtschaftung. Als Gegenkraft sollten volksgewählte Gegenvorschlagskommissionen eingerichtet werden, deren Aufgabe es ist, die Vorschläge von Regierung und Parlament kritisch-konstruktiv zu analysieren und ihnen Alternativen gegenüberzustellen. Die Mitglieder dieser Gegenvorschlagskommissionen, die verwandt mit den heutigen volksgewählten Rechnungsprüfungs- und Geschäftsprüfungskommissionen auf kommunaler Ebene sind, sollten in Mehrheitswahlen in Mehrpersonenwahlkreisen (analog zu den meisten kantonalen und kommunalen Regierungen) gewählt werden, so dass sie das gesamte politische Spektrum repräsentieren. Da die meisten Mitglieder als Mitglieder der Gegenvorschlagskommission wiedergewählt werden wollen, haben sie starke Anreize, die Vorschläge der Regierung nicht so wie eine parlamentarische Opposition möglichst herunterzureissen, sondern sie konstruktiv zu hinterfragen und Alternativen zu präsentieren, die den Bürgern besser dienen als diejenige des Parlaments. Dies wiederum würde das Parlament veranlassen, selbst stärker auf die Präferenzen der Bürger einzugehen.
- d. Viele unserer Reformempfehlungen hätten zwar beim Volk eine Chance, aber kaum im Parlament und in den Regierungen. Denn genauso wie wirtschaftlicher Wettbewerb unter den Anbietern von Gütern und Dienstleistungen unbeliebt ist, ist politischer Wettbewerb unter den Anbietern von politischen Massnahmen unbeliebt. Viele Reformen haben deshalb nur dank Volksinitiativen eine Chance. Aber auch da ist das Problem, dass viele Volksinitiativen gar nicht Probleme lösen wollen, sondern vor allem der Selbstdarstellung von Parteien und dem Wählerfang dienen. Politische Parteien sind gemäss Definition parteiisch und auf das Wohl einzelner Gruppen ausgerichtet. Als Gegengewicht braucht es deshalb den „Grossen Preis der Schweiz“. Gute Initiativen – solche, die vom Volk angenommen werden – sollen einen Preis von zwei Millionen Franken erhalten. Diese „Ervolksprämie“ gäbe Parteien und politischen Unternehmern Anreize, Initiativen zu lancieren, die gesellschaftliche Probleme so lösen, dass sie eine Mehrheit erhalten. Natürlich gibt es gegen diesen Vorschlag vielerlei Einwände. Das interessante an ihm ist aber,

dass er diese Einwände selbst zu korrigieren vermag. Denn jeder gute Einwand bietet die Möglichkeit zu einer erfolgreichen und so belohnten Volksinitiative.

4.3. Massnahmen gegen Wohlstandsabschöpfung

- a. Die Schleifung der Preisinsel bedingt, dass die Preisdifferenzierung der Produzenten und Importeure gegen die kaufkräftigen Schweizer Kunden ausgehebelt wird. Dafür sollte der Import von Gütern, die die Produzenten im Ausland billiger anbieten, möglichst einfach sein. Da die Produzenten die Schweizer Detailhändler relativ leicht abstrafen können, wenn sie Güter parallel importieren, sollten die Konsumenten die Güter frei importieren können, sei es durch persönlichen Auslandseinkauf oder Warenversand. Da die Entrichtung der Mehrwertsteuer als Handelshemmnis wirkt, wäre es ideal, wenn sie abgeschafft werden könnte. Um dem Staat Einnahmen im gleichen Umfang zukommen zu lassen, würde es ausreichen, wie vorgeschlagen in der Energie-, Verkehrs- und Klimapolitik echte Kostenwahrheit herzustellen: durch die Internalisierung der externen Kosten des Privatverkehrs von rund 10 Milliarden Franken jährlich, durch den Verzicht auf Subventionen für den ÖV in der Grössenordnung von rund 8 Milliarden Franken, durch die Internalisierung der externen Kosten des ÖV und des Veloverkehrs von etwa 2 Milliarden Franken sowie durch einen ausnahmslosen CO₂-Preis. Ohne Mehrwertsteuer könnte der Import von Gütern vollständig freigegeben werden. Dies würde die Produzenten zwingen, ihre Preise in der Schweiz an das Niveau der Nachbarländer beziehungsweise der günstigsten Importländer anzupassen, aus denen Versandhandel möglich wäre.
- b. Ein systematisches Benchmarking der staatlichen Leistungen würde dazu beitragen, Qualität und Kosten konsequent an den besten verfügbaren Massstäben auszurichten. Zu diesem Zweck sollten die staatlichen Leistungen nicht primär mit den durchschnittlichen Ergebnissen der Nachbarländer verglichen werden, sondern mit jenen Ländern und Regionen, die in den jeweiligen Bereichen besonders gute Leistungen erbringen. Als Vergleichsgrössen kämen dabei etwa Dänemark, Schweden und Singapur sowie Bayern, Baden-Württemberg, Vorarlberg und Südtirol in Betracht, statt pauschal Deutschland, Österreich und Italien. Dies würde den Blick auf jene Massnahmen und politischen Praktiken lenken, die sich im internationalen und regionalen Vergleich tatsächlich bewährt haben.

4.4. Ohne Zuwanderungsabgabe keine bessere Politik

Gute Politik wollen die Bürger nur, wenn die Vorteile nicht gleich durch Zuwanderung und ihre Füllungskosten kompensiert werden. Deshalb soll Zuwanderung nicht mehr gratis sein. Wir brauchen aber keinesfalls einen Eintrittspreis, sondern Aufenthaltspreise. Zuwanderer sollten während drei bis fünf Jahren neben den normalen Steuern einen zusätzlichen Beitrag leisten. Dieser soll von der Länge ihres Aufenthalts abhängen, so dass die Schweiz auch für Menschen attraktiv bleibt, die hier nur kurze Zeit arbeiten wollen. Ein solcher Preis könnte einfach und unbürokratisch wie eine Kurtaxe pro Aufenthaltstag berechnet und erhoben werden. Damit wäre er aber mit der EU-Personenfreizügigkeit nicht vereinbar. Mit der Personenfreizügigkeit vereinbar wäre sollte folgende Variante sein. Es sollen keine Zuwanderungssteuern eingeführt werden, sondern die bisher nur für Schweizer gültigen Steuern abgeschafft werden. So könnte die Wehrpflicht, die einem jungen Schweizer netto 50'000 bis 80'000 Franken Einkommensverlust bringen, auf alle Menschen ausgedehnt werden, die in der Schweiz ins Erwachsenenleben treten, sei es durch den 18. Geburtstag oder Zuwanderung. Sie könnten alle wählen, ob Sie Militärdienst (die Zuwanderer erst nach ihrer Einbürgerung), gemeinnützige Arbeit im Gegenwert von 50'000 Franken, oder einen finanziellen Beitrag von 50'000 Franken leisten wollen. Zugleich könnte ein neues Kindergeld eingeführt werden, das jedem in der Schweiz aufwachsenden Kind einen jährlichen Beitrag von 3'000 Franken plus Zins gibt, so dass es mit 18 ein Grundkapital von 65'000 Franken hätte. Falls es dann bei der Wahl zwischen Militärdienst, gemeinnütziger Arbeit und Finanzbeitrag für letzteres optiert, könnte es dafür auch sein Grundkapital verwenden. So würden alle Jungen in der Schweiz profitieren, die Geschlechter würden gleichgestellt, die Armee würde zu einer viel schlagkräftigeren freiwilligen Miliz, und die Abgaben der Zuwanderer würden die ganze Massnahme mehr als finanzieren.

Weiterführende Beiträge

Die meisten in dieser Weisssskizze angesprochenen Vorschläge und Mechanismen haben wir zuvor in verschiedenen Medien vorgebracht und breiter diskutiert. Im Folgenden wird zu einzelnen Aspekten jeweils auf einige Beiträge hingewiesen:

Die schweizerischen politischen Institutionen werden diskutiert in

Eichenberger, Reiner. Helvetia illuminata. Alte und neue Rezepte gegen das Marktversagen im politischen Wettbewerb. *Schweizer Monat*, 1071, November 2019: 57-59.

Eichenberger, Reiner und David Stadelmann (2025). Government failure as failure of the market for politics. In: *Elgar Encyclopedia of Public Choice*, eds. R. Jong-A-Pin & C. Bjørnskov, Cheltenham: Edward Elgar Publishing, 333-339.

Die Umwelt- und Verkehrspolitik sowie das Spannungsverhältnis von echter Kostenwahrheit und Kostenscheinwahrheit werden diskutiert in

Eichenberger, Reiner und David Stadelmann. Klimaschutz verlangt Kostenwahrheit. *Neue Zürcher Zeitung*, 05.08.2025: 18.

Eichenberger, Reiner und David Stadelmann. Klimapolitik - die Lösung heisst Kostenwahrheit. *Neue Zürcher Zeitung*, 03.01.2020: 9.

Eichenberger, Reiner und Mark Schelker. Freie Fahrt, weniger Steuern. *Weltwoche* 7.04, 12.2.2004: 14-15.

Zum Schweizer Gesundheitssystem und möglichen Reformen für tiefere Kosten und bessere Qualität:

Eichenberger, Reiner und Fabian Kuhn. Sö könnte unser Gesundheitssystem besser und günstiger werden. *SonntagsZeitung*, 16.06.2024: 18-19.

Zu Alterung und Altersvorsorge sowie zum Modell SAFE AAA (Sicherung der Altersvorsorge durch Freiwillige Erwerbsarbeit im Alter dank Anreizen):

Eichenberger, Reiner. Altersvorsorge-Reform? Das Modell SAFE AAA kennt nur Gewinner. *Nebelspalter*, 16.06.2021.

Eichenberger, Reiner. Die Reform, die allen nützt. *Vorsorge Guide 2019/20, Handelszeitung*: 14-15.

Das Problem der Überbesteuerung von Kapital und Kapitalerträgen diskutiert:

Eichenberger, Reiner. Steuern klug senken. *Finanz und Wirtschaft*, 04.05.2024: 3.

Die Entwicklung der Schweizer Armee zu einer freiwilligen Miliz diskutieren:

Eichenberger, Reiner. Verteidigung braucht mehr als Geld. *Finanz und Wirtschaft*, 07.02.2026: 3.

Eichenberger, Reiner und Patricia Schafer (2022). Stärkere Armee dank alten Freiwilligen. *Neue Zürcher Zeitung*, 26.08.2022: 18.

Eichenberger, Reiner (2009). Die ideale Armee für die Schweiz: Die Freiwillige Miliz. *Rote Revue, Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur*, 1/09: 14-18.

Das Konzept einer «Ervolksprämie» für gute Volksinitiativen diskutierte erstmals:

Eichenberger Reiner und Yves Kläy. Grand Prix der Demokratie. *Weltwoche* Nr. 49.23: 42-43.

Die Notwendigkeit einer Aufenthaltsabgabe für Zuwanderer sowie die zugrundeliegenden Probleme mit der Personenfreizügigkeit diskutieren:

Eichenberger, Reiner und Fabian Kuhn. Die Personenfreizügigkeit senkt die Lebensqualität. *Schweizer Monat*, 15.09.2025, 79-81.

Eichenberger, Reiner. [Personenfreizügigkeit: Vorsicht Denkfallen!](#) Tagesanzeiger.ch, 05.09.2020.

Eichenberger, Reiner und David Stadelmann. [Vorschlag zur Rettung des freien Personenverkehrs](#). *Schweizer Monat*, 1059, September 2018: 8-11.

Zu den Autoren

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Fribourg und Forschungsdirektor von CREMA – Center for Research in Economics, Management and the Arts.

Anschrift: Seminar für Finanzwissenschaft, Universität Fribourg, Bd. de Pérolles 90, CH-1700 Fribourg, Tel. 0041 26 300 82 62/66, e-mail reiner.eichenberger@unifr.ch.

Fabian Kuhn ist Diplomassistent am Lehrstuhl für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg.